

Wissenschaftler unserer Universität zum V. Parteitag

Prof. Dr. Dr. Kolb, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät

Schwergewicht - sozialistische Landwirtschaft

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte ein strategisches Ereignis im gesellschaftlichen Leben der Deutschen Demokratischen Republik dar, das bei allen Bürgern große Beachtung gefunden hat. Aus dem Referat des Ersten Sekretärs der SED, Herrn Walter Ulbricht, aus dem dem Ministerpräsidenten der DDR, Herrn Otto Grotewohl sowie aus den Ausführungen der zahlreichen anderen Referenten wurde im besonderen erkennbar, welche große Bedeutung der Wissenschaft beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zukommt.

Für die Veterinärmedizin sind speziell die Ausführungen von Herrn Erich Mäckenberger über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft von Interesse, die auch die Tierärzte vor neue große Aufgaben stellt. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß der sozialistischen Großproduktion auf dem Lande die Zukunft gehört. So ist heute nahezu ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche durch Volksgüter und Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet. Bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu hochproduktiven Musterwirtschaften können die Tierärzte in vielfältiger Form Beiträge leisten. Die großen Erfolge, die die sozialistische Landwirtschaft in der Sowjetunion errungen hat, können dabei als Ansporn dienen, und die dort gewonnenen Erfahrungen werden zweifellos bei der sozialistischen Umgestaltung in der DDR von Nutzen sein.

In der Ausbildung der jungen Tierärzte wird die Veterinärmedizinische Fakultät mehr als in den vergangenen Jahren Wert auf eine enge Verbindung der theoretischen mit der praktischen Ausbildung mit Schwergewicht auf die späteren Aufgaben in der sozialistischen Landwirtschaft legen. Dieserhalb hat die Fakultät einen Freundschaftsvertrag mit der MTS Bad Döben abgeschlossen, der die Aufgabe hat, alle Angehörigen der Fakultät, im besonderen aber die Studenten, direkt mit der sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft in Berührung zu bringen. Durch Organisation von Arbeitszeiten in Arbeitsbrigaden und durch Einrichtung von Vorlesungs- und fachlichen Seminaren wird die Fakultät auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der

sozialistischen Landwirtschaft liefern. Aus der Tätigkeit in den sozialistischen Großbetrieben der Landwirtschaft werden aber auch die Angehörigen der Fakultät selbst Anregungen für Verbesserungen fachlicher Art erhalten, deren Beachtung und Anwendung der Volkswirtschaft von Nutzen sein können.

Die Beratungen des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die sozialistische Entwicklung der Veterinärmedizinischen Fakultät haben auch zu Veränderungen der Struktur der Fakultät und der Zusammensetzung des Studienplans geführt. So ist im Hinblick auf die beabsichtigte Steigerung der Geflügelhaltung die Errichtung einer Abteilung für Geflügelkrankheiten an der Veterinär-Physiologisch-Chemischen Fakultät beschlossen worden. Diese Abteilung wird die Aufgabe haben, die Lehre und die naturwissenschaftliche Analyse des Krankheitsgeschehens bei Haustieren in verstärktem Umfang durchzuführen.

Ein von der SED-Parteileitung dem Rat der Fakultät auf Grund von Erfahrungen an den tierärztlichen Hochschulen sozialistischer Staaten vorgeschlagener Entwurf zur Neugestaltung des Stu-

diendiplomes, der die besonderen Aufgaben des Tierarztes in der sozialistischen Landwirtschaft berücksichtigt und dessen Schwerpunkt auf dem Gebiet der Steigerung der tierischen Produktion durch Prophylaxe liegt, wurde vom Rat der Fakultät beraten und mit geringfügigen Abänderungen dem Staatssekretariat mit der Bitte um Diskussion und Realisierung im wissenschaftlichen Beirat überreicht.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, daß die Veterinärmedizinische Fakultät alle Anstrengungen unternimmt, um die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die vom V. Parteitag nochmals nachdrücklich gefordert wird, mit besten Kräften zu unterstützen, um dadurch ihren Teil zur weiteren Hebung des Lebensstandards der Bürger der DDR beizutragen.

von Staats- und Verwaltungsrecht schon lange dazu benutzt, den Massen zu suggerieren, ihr Staatsapparat sei politisch völlig neutral. In der bürgerlichen Rechtswissenschaft wurde der Ausspruch Otto Meyers nach der Novemberrevolution 1918 viel zitiert und fand allgemeine Anerkennung: „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.“ Dieser Satz bringt treffend zum Ausdruck, daß die Ideologen der Bourgeoisie das Verwaltungsrecht von dem durch die revolutionären Ereignisse beeinflussten Staatsrecht trennten, um die alten Verwaltungsrechtsanschauungen und Verwaltungspraktiken aufrechtzuerhalten, mit ihm um bürgerliche Machtpositionen zu konservieren. In unserer sozialistischen Entwicklung muß mit allen bürgerlichen

Prof. Dr. Hesse,
Direktor des Instituts f. Agrarmeteorologie
Jeder muß mit Hand anlegen!

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat große Perspektiven für alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aufgezeigt. Das richtungweisende Referat des I. Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, sowie die Ausführungen der 74 Diskussionsredner lassen klar erkennen, welches große Programm beraten und durch den V. Parteitag bestätigt wurde. Ministerpräsident Otto Grotewohl führte eindeutig aus, daß der V. Parteitag der SED Sache des ganzen Volkes sei.

Das Auftreten einer Delegation hervorragender Wissenschaftler auf dem V. Parteitag bekräftigt die feste Verbundenheit der Wissenschaftler mit der Arbeiterklasse.

Um die großen gesteckten Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, daß jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Hand anlegt, damit es bis 1931 gelingt, den Pro-Kopf-Verbrauch unserer Werktätigen dem der Bevölkerung in Westdeutschland gleichzustellen bzw. ihn zu überbieten. Die Erreichung dieses Zieles wird die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen unter Beweis stellen.

Besonders wichtig ist auch, entsprechend der Schlußansprache von Otto Grotewohl, daß wir die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die Einstellung der Kernwaffenversuche nach dem Vorbild der UdSSR mit allen Kräften unterstützen wollen, um den Frieden in Deutschland zu garantieren. Eine weltweite Abrüstung und die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen könnten den Frieden für die ganze Welt sichern.

Der V. Parteitag wurde von einer Delegation bedeutender Wissenschaftler der DDR begrüßt. Auf unserem Bild von links nach rechts: Prof. Dr. Rompe, Prof. Dr. Hertke, Prof. Dr. Thiessen, Prof. Dr. Volmer und unser Rektor.

Foto: Zenträrbild

Dozent Dr. Krüger, Direktor des Instituts für Staats- und Verwaltungsrecht

Keine Trennung von Staats- und Verwaltungsrecht

Die volle Entwicklung der sozialistischen Rechtsordnung ist eine der wesentlichsten Methoden der Arbeiter-und-Bauern-Macht, um zu sichern und zu fördern, daß der Sozialismus siegt. Dieser Gedanke gehört zu den grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, von denen der V. Parteitag bei seiner Arbeit ausgeht. Das sozialistische Recht, so betonte Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat, hat für die Durchsetzung der neuen Produktionsverhältnisse und damit für die Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft mit ihren neuen Beziehungen der Menschen zur Gesellschaft und untereinander große Bedeutung. Genosse Walter Ulbricht legte im Anschluß an die Behandlung prinzipieller Fragen unseres Rechts ein detailliertes Programm für die weitere Rechtsentwicklung dar.

Mit dieser Grundlegung und Orientierung sind unserer Staats- und Rechtswissenschaft große und schöne Aufgaben gestellt. Sie werden aber nur gelöst werden können, wenn eine wirkliche Wende in der staats- und rechtswissenschaftlichen Arbeit eintritt. Es wird jetzt durch den Parteitag vollkommen klar, wie notwendig und wie vorwärtsweisend, wie lebendig die Babelsberger Konferenz von diesem Jahre über Fragen der staats- und rechtswissenschaft war. Heute ist deutlicher denn je, daß die staats- und rechtswissenschaft zur Weiterentwicklung unserer sozialistischen Staates und seines Rechts sowie zur Ausbildung von Kadern für den Staatsapparat nur dann beitragen kann, wenn die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, wenn der unfruchtbare Formalismus und der Revisionismus, ganz zu schweigen vom Revisionismus, überwunden werden. Die staats- und rechtswissenschaft hat allen Anlaß, dem Zentralkomitee unserer Partei für die Hilfe zu danken, die ihr durch Genossen Walter Ulbricht sowohl auf der Babelsberger Konferenz als auch auf dem Parteitag durch die prinzipielle und ausführliche Behandlung von Rechtsfragen gegeben wurde.

Eine der Einbruchstellen der bürgerlichen Ideologie in die staats- und rechtswissenschaft ist die Trennung von staats- und verwaltungsrecht im Rechtssystem sowie im juristischen Ausbildungsgang, auch bisher an unserer Universität. Wenn Genosse Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag erklärte, daß es neue Aufgaben im Staatsapparat sei, den neuen Arbeitsstil durchzusetzen, so unterstützt das noch einmal seine Forderung auf der Babelsberger Konferenz,

die künstliche, unseren volkdemokratischen Verhältnissen nicht mehr gerecht werdende und bei uns theoretisch nicht mehr begründbare Trennung von staats- und verwaltungsrecht zu überwinden. Der neue Arbeitsstil, der im Staatsapparat Wirklichkeit werden muß, ist seinem Wesen nach nicht, anderes als die fortwährende Heranführung unserer Bürger an die Lösung der städtischen Aufgaben und damit die Entwicklung des sozialistischen staats- und rechtsbewußtseins. Den neuen Arbeitsstil durchsetzen heißt, das richtige Zusammenwirken und ineinandergreifen der einzelnen Hebel und Räder des Mechanismus unserer volkdemokratischen Ordnung herbeizuführen, vor allem das gemeinsame Vorgehen der Volksvertretungen und ihrer Räte mit den Massenorganisationen, namentlich dem FDGB und der Nationalen Front.

In seinem Referat auf dem V. Parteitag hat Genosse Walter Ulbricht den neuen Arbeitsstil am Beispiel des Kreisrates Strausberg demonstriert. Die Mitarbeiter der verschiedenen Fachabteilungen des Kreisrates halfen als Brigaden an Ort und Stelle die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu lösen. Mit der Erfahrung dieser Arbeit beschäftigte sich dann der Kreisrat als die gewählte Volksvertretung und zog Schluffolgerungen, mit denen ein Aufschwung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung des Kreises erreicht wurde. Das drückt sich darin aus, daß die sozialistische Entwicklung in der Landwirtschaft in diesem Kreis bereits den Stand von über 56 Prozent erreicht hat und fünf Dörfer dieses Kreises vollständig sozialistisch sind. Die Erfahrungen lehren immer wieder, daß es vorwärtsgeht, wenn die Volksvertretungen und die Abgeordneten Aktivität entfalten, das Zusammenwirken von Volksvertretungen und ihren Räten gewährleistet wird und die Massenorganisationen mitarbeiten.

Der neue Arbeitsstil ist unvereinbar mit jeglicher Isolierung der Räte und umgekehrt: er ist unvereinbar mit dem Auseinanderreißen von Volksvertretung und Rat. Weil die Praxis unserer Staatsarbeit die Einheit der Arbeit von Volksvertretung und Rat verlangt, muß auch im juristischen Ausbildungssystem die Trennung von staatsrecht und verwaltungsrecht auch im Rechtssystem als ein Vorstoß gegen unser Prinzip der Einheit der Staatsgewalt sowie der Einheit von Beschlussfassung und -durchführung gewertet werden. Sie ist als eine Folgerung aus dem Prinzip der Gewaltenteilung

Überrest bürgerlichen juristischen Denkens. In der Praxis kann die Trennung von staats- und verwaltungsrecht direkt zu falscher Arbeitsweise verleiten, nämlich zu Unterschätzung der gewählten Volksvertretungen und zu bürokratisch-formalistischer Einstellung zu deren Beschlüssen. Mit der Trennung von staats- und verwaltungsrecht wird auch den bürgerlichen Tendenzen Vorschub geleistet, die Tätigkeit der Fachabteilungen der Räte als politisch neutral anzusehen. Diese Gefahr ist um so realer, als die Bourgeoisie den Gedanken der Trennung

Dozent Dr. Holzapfel, Institut für Anorganische Chemie

Grundlagenforschung - Fundament unserer Arbeit

Das Neue in der Wissenschaft, wie es sich in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat seit 1945, besonders aber seit einem knappen Jahr herausbildet, besteht nicht zu seinem unwesentlichen Teil in ihrer starken sittlichen Gebundenheit; die Wissenschaft ist also nicht mehr lediglich Selbstzweck, sondern sie dient in erster Linie dem sehr konkreten und hohen ethischen Ziel, das Leben unser aller zu verbessern! Mag diese Feststellung für alle Wissenschaften zutreffen, so bieten die Naturwissenschaften, und unter ihnen besonders die Chemie, jedoch am augenfälligsten Möglichkeiten, die sich aus genauem Ziel ergebenden Aufgaben zu lösen.

In klarer Erkenntnis dieser Sachlage hat der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht in seinem Referat vor dem Parteitag die Bedeutung der Chemie für den Aufbau des Sozialismus besonders hervorgehoben. Den Technologen und chemischen Verfahrenstechnikern wies er dabei schwerpunktmäßig ihre Aufgaben bei der Erfüllung der Voraussetzungen für die Durchführung der Automatisierung und Mechanisierung der Produktion zu.

Vielen Hochschullehrern aus dem Herzen gesprochen haben dürfte Walter Ulbricht aber, als er die Grundlagen-Forschung als das sichere Fundament bezeichnete, auf dem sich große wissenschaftliche Leistungen auf einzelnen Gebieten der Zweckforschung ergeben. Dies steht keineswegs im Widerspruch zu der einmütigen getroffenen Kennzeichnung der Wissenschaft als Dienerin des Gemeinwohls: Auch die Grundlagenforschung besitzt letzten Endes diese Funktion. Während aber die reine Zweckforschung, die sich

nicht der Grundlagenforschung bedient, sich lediglich in Empirie erschöpfen würde, kann die Grundlagenforschung der Zweckforschung gewissermaßen die dialektische Methode liefern, die es gestattet, die speziellen Gesetze der letzteren durch die allgemeinen aus der Grundlagenforschung gewonnenen zu beherrschen.

Weiterhin ist auch der Diskussionsbeitrag des Leiters der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, Genossen Prof. Dr. Wolfgang Schirmer, für die Chemiker, insbesondere für den Hochschullehrer unter ihnen, höchst bedeutsam. Nachdem Professor Schirmer eingangs als wichtigstes politisch-ökonomisches Ziel, das der Parteitag unserer Volkswirtschaft stellt, die Aufgabe bezeichnete, die spezifischen Produktionszahlen Westdeutschlands in wichtigen Positionen einzuholen und zu überbieten und anschließend die Rolle untersuchte, die unsere chemische Industrie hierbei spielt, stellte er ein 6-Punkte-Programm auf, das zur Erfüllung der genannten großen Aufgabe durchgeführt werden muß.

Während sich die ersten drei Punkte mit Fragen der Projektierung, der Bauindustrie und des Maschinenbaus befassen, die zum Zwecke der geplanten Erweiterung der chemischen Großindustrie geklärt werden müssen, behandelt der vierte Punkt die Unterstützung, die die Akademie der Wissenschaften, die Hochschulen und Universitäten durch ihre Forschung dem weiteren Ausbau der chemischen Industrie geben müssen. Professor Schirmer verwies dabei auf die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Hochschulen noch enger zu gestalten,

Vorstellungen und Anschauungen über den Staat und sein Recht, mit der alten Verwaltungspraxis und den alten Organisationsformen gebrochen werden. Wir haben keine Traditionen auf diesem Gebiet zu übernehmen. Wir müssen die Vorstellungen und Anschauungen herausarbeiten und die Formen finden, die unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Es ist jetzt unsere vordringliche Aufgabe — und wir sind dabei zu lösen —, ein neues Vorlesungsprogramm und neue Vorlesungen zu schaffen, die uns unserem Ziel, für unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht bewußte und hochqualifizierte Staatsfunktionäre auszubilden, näherbringen sollen.

ten, besonders durch die Auftragsforschung. Mir persönlich erscheint diese als ein besonders glücklicher Griff: Bedeutet doch der Abschluß von Verträgen für die Auftragsforschung die zwanglose Heranführung des Hochschullehrers an die Betriebsprobleme; die unendlich wichtige gegenseitige Befruchtung zwischen Praxis und Forschung wird durch sie maßgeblich gefördert und dürfte sich nicht zuletzt als wirksamer Aktivator gerade der Grundlagenforschung erweisen.

Der fünfte Punkt behandelt die Heranbildung der notwendigen Kader. Es wird festgestellt, daß die Zahl der in chemischen Großbetrieben tätigen Chemiker um ein Mehrfaches erhöht werden muß, wenn der internationale Stand der Technik erreicht werden soll. Für den Hochschullehrer erfreulich ist die Tatsache, daß die Heranführung von Diplomchemikern in den letzten Jahren immer besser geworden ist; für uns insbesondere deshalb, weil ein nicht unbeträchtlicher Teil unter ihnen Absolventen der Karl-Marx-Universität sind.

Im letzten Punkt schließlich fordert Professor Schirmer die konsequente Verwirklichung sozialistischer Leistungsprinzipien. Hieran anknüpfend ergibt sich als Fazit: Die Verwirklichung der großen Aufgaben, die der V. Parteitag der chemischen Industrie stellt, fordert von uns Chemikern, vom Hochschullehrer bis zum jüngsten Studierenden, hohe und ernste Pflichterfüllung. Jeder aber, der sich eindeutig zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat bekennt, wird aus diesem Bekenntnis heraus die hierzu notwendige Kraft schöpfen!

Universitätszeitung, 24. 7. 1958, Seite 3